

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 29.10.2025

Sitzungsbeginn:	16:05 Uhr	
Sitzungsende:	20:32 Uhr	
Sitzungsort:	Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 Dessau-Roßlau	
Leitung der Sitzung:	Herr Rumpf	Vorsitzender des Stadtrates
	Frau Koschig	1. Stellvertreterin
	Herr Bernstein	2. Stellvertreter
Teilnehmer/-innen:	siehe Anwesenheitsliste	

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die Sitzung um 16:05 Uhr, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 43 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr L. Nothdurft, Fraktion AfD, beantragt, dass der Tagesordnungspunkt 6.4. zurückgestellt und in der nächsten Sitzung des Stadtrates behandelt wird. Dem Antrag wird zugestimmt.

Herr Hartmann, Fraktion SPD, bittet um Absetzung des Tagesordnungspunktes 6.34, da die Zuständigkeit der Thematik nicht bei der Stadt Dessau-Roßlau liegt.

Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, betritt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 44 stimmberechtigte Mitglieder.

Nach einer ausführlichen Aussprache stellt der Stadtratsvorsitzende den Antrag zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen (23:16:06).

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck beantragt, dass die Tagesordnungspunkte 6.39, 6.40 sowie 6.41 in die Beratung des Haushaltsausschusses (Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung gemeinsam mit dem Haupt- und Personalausschuss) verwiesen werden.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, regt an, dass der Tagesordnungspunkt 6.41 vorerst auf der Tagesordnung verbleibt, da seinerseits ein Änderungsantrag eingebracht werden soll. Nach der Einbringung des Änderungsantrages stimmt er der Verweisung zu.
Der Bitte wird vom Einreicher nachgegangen.

Herr Dr. Hofmann, Fraktion CDU, betritt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 45 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Stadtratsvorsitzende stellt die Tagesordnung in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 37:08:00

3 Genehmigung der Niederschriften vom 13.08.2025 und 10.09.2025

Die Niederschriften werden in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Niederschrift vom 13.08.2025: 38:00:07

Niederschrift vom 10.09.2025: 38:00:07

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende wichtige Angelegenheiten im Berichtszeitraum vom 11. September bis 28. Oktober 2025:

- Seit der letzten Berichterstattung wurden 66 Personen eingebürgert. Die Eingebürgerten stammen aus Bulgarien, Libanon, Syrien, Russland, Vietnam, Großbritannien, Aserbaidshan, Kuba, Nord, Mazedonien, Türkei, Armenien, Polen, Mosambik, Afghanistan, Thailand, Belarus, Eritrea, Saudi-Arabien, Iran, Ukraine, Gambia, Georgien, Nigeria und Rumänien.
- Am 09. September fand ein Bürgerdialog zur INSEK Fortschreibung statt.
- Der Tag des offenen Denkmals wurde am 14. September durchgeführt.
- Die Abschlussveranstaltung des Bundesprogramms "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" fand am 20. September im Bauhaus Museum statt.
- Am 23. September wurde ein BUGA-Dialog in der Marienkirche abgehalten, für dessen Gelingen er insbesondere dem BUGA Club, der Sekundarschule am Schillerpark sowie den Hortkindern aus der Pustebume in Kühnau dankt.
- Am 25. September tagte die Wirtschaftsförderung der Investitions- und Marketinggesellschaft im Golfpark.

- Vom 6. bis 8. Oktober nahm die Stadt an der Expo Real in München teil und präsentierte städtische Grundstücke.
- Herr Oberbürgermeister Dr. Reck weist zudem auf eine Veranstaltung am 12. November ab 16:00 Uhr in der Villa Krötenhof hin, bei der ehrenamtliches Engagement in der Stadt gewürdigt wird. Neben Ehrenamtlichen und Schiedsleuten werden Ehrungen nach der Ehrensatzung vorgenommen.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Stadtrates vom 10.09.2025 liegen keine nichtöffentlichen Beschlüsse vor.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass die heute vorliegende Eilentscheidung bereits im letzten Stadtrat bekannt gegeben wurde. Die schriftliche Vorlage der Eilentscheidung zur Anschaffung mobiler Sperrelemente erfolgt nun formal.

4.3.1 Eilentscheidung des Oberbürgermeisters nach § 65 Abs. 4 KVG LSA über die Bewilligung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen nach § 105 Abs. 1 KVG LSA und die Anschaffung mobiler Sperrelemente Vorlage: BV/263/2025/V

Die vorliegende Eilentscheidung wird zur Kenntnis genommen.

5 Einwohnerfragestunde

Frau Stahlheber, Vertreterin der Regenbogenschule, stellt folgenden Fragen:

Frage 1:

Der Stadtrat hat in der Sitzung vom 19.06.2024 das Raumprogramm für den Ersatzneubau der Regenbogenschule beschlossen. Hat die Stadtverwaltung, d.h. der Oberbürgermeister nunmehr bereits veranlasst, dass Haushaltsmittel für die Ausschreibung von Planungsleistungen aufgrund des am 19.06.2024 beschlossenen Raumprogramms verwendet werden dürfen, und wann werden diese Planungsleistungen ausgeschrieben?

Frage 2:

Die Mitglieder des Stadtrates haben in Kenntnis der finanziellen Situation der Stadt in der Sitzung am 19.06.2024 das Raumprogramm für den Ersatzneubau der Regenbogenschule mit dem damit verbunden finanziellen Konsequenzen beschlossen. Warum führt die Stadtverwaltung nunmehr erneut eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durch, obwohl ein verbindlicher Stadtratsbeschluss vorliegt, der Grundlage für das Verwaltungshandeln der Stadtverwaltung ist, und setzt sich damit über die Rechte der Mitglieder des Stadtrates und den vorliegenden Stadtratsbeschluss hinweg?

Frage 3:

Wird die Stadtverwaltung, sofern eine Ausschreibung der Planungsleistungen im Jahr 2025 nicht mehr erfolgen wird, für den Entwurf des Haushaltsplan 2026 Haushaltsmittel für Planungsleistungen auf Grundlage des Beschlusses des Stadtrats vom 19.06.2024 einstellen und / oder gegebenenfalls in 2026 eine außerplanmäßige Verpflichtung erwägen?

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, geht auf die Frage zur Ausschreibung der Planungsleistungen ein. Mit der zentralen Vergabestelle wurde eine neue Terminkette vereinbart, die Ende November beginnen soll. Es wird noch auf eine kleinere Stellungnahme gewartet, jedoch ist sie zuversichtlich, diese rechtzeitig zu erhalten, sodass die Ausschreibung der Planungsleistungen gestartet werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass Stadtratsbeschlüsse grundsätzlich bindend sind, jedoch kommunalrechtliche Vorschriften aus der Kommunalverfassung bestehen, die den Oberbürgermeister unter bestimmten Voraussetzungen verpflichten, Haushaltssperren zu erlassen. Diese Haushaltssperre geht mit der Aufforderung der Kommunalaufsicht einher, dass sowohl Verwaltung als auch Stadtrat das Ausgabeverhalten der Stadt Dessau-Roßlau überdenken müssen. Dies beinhaltet die Aufforderung, bei jeder Entscheidung – auch bei bereits getroffenen – zu prüfen, ob diese wirtschaftlicher umgesetzt werden können. Beide Aspekte schließen sich nicht gegenseitig aus. Frau Bürgermeisterin Lohde hat den aktuellen Planungsstand dargelegt, und sobald die erwartete Stellungnahme vorliegt, können weitere Schritte eingeleitet werden. Für den Haushalt 2026 sind die erforderlichen Mittel im Haushaltsentwurf eingeplant und werden bei Beschlussfassung entsprechend mitbeschlossen. Die finanziellen Mittel werden somit weiterhin im Haushalt abgebildet.

Frau Stahlheber fragt nach, ob davon ausgegangen werden kann, dass das beschlossene Raumkonzept für die Regenbogenschule bestehen bleibt und im Jahr 2026 Fortschritte sichtbar werden, insbesondere hinsichtlich des langen erwarteten Abrisses. Sie betont, dass seit 2024 auf Bewegung in diesem Projekt gewartet wird.

Der Stadtratsvorsitzende bittet um Ruhe und betont, dass Zwischenrufe nicht erwünscht sind.

Frau Bürgermeister Lohde erläutert, dass der Abriss vorgesehen ist und zeitnah durchgeführt wird. Dies ist eine von anderen Maßnahmen unabhängige Entscheidung, welche bereits Anfang des Jahres in der Zeitung angekündigt wurde. Trotz aller Bemühungen verhindern jedoch gesetzliche Vorgaben den Beginn neuer Baumaßnahmen. Aufgrund der angespannten Haushaltslage mit zu geringen Mitteln und einem Defizit wurde eine Haushaltssperre verhängt, die zur Folge hat, dass nicht alle Vorhaben umgesetzt werden können. Sie betont nachdrücklich diese finanzielle Realität. Dennoch bemüht sich die Verwaltung, die Regenbogenschule voranzubringen. Der Abriss an der Bernburger Straße ist eine separate, geförderte Maßnahme, weshalb ein Interesse besteht, auch jetzt tätig zu werden. Die Haushaltssperre erschwert jedoch die Umsetzung erheblich. Frau Beigeordnete Lohde versichert, dass die Planungsleistungen aufgenommen werden sollen und sie sich intensiv darum bemühen wird, dies gemeinsam mit der Führungsriege umzusetzen. Sie dankt für das große Engagement der Eltern und zeigt sich zuversichtlich, die bestehenden Probleme zu lösen.

Die Eltern möchten eine verbindliche Zusicherung erhalten, dass im Raumkonzept keine weiteren Streichungen vorgenommen werden. Sie haben Verständnis dafür, dass sich die Umsetzung aufgrund der Haushaltssperre verzögert, betonen jedoch, dass sie bereits seit 10 Jahren für die Schule kämpfen. Aktuell verfügt die Schule über drei Außenstellen und eine Hauptstelle, unter dieser Situation leiden die Kinder.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

6 Beschlussfassungen

6.1 Bestellung des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau gemäß der Satzung zur Rechtsstellung der/des Seniorenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau in der Fassung vom 20.09.2015 Vorlage: BV/161/2025/IV

Der Stadtratsvorsitzender stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Danach werden die Bestellungsurkunden an den ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten sowie dessen Stellvertreter von Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck sowie Herrn Stadtratsvorsitzenden Rumpf übergeben.

Beschluss:

Als ehrenamtlicher Seniorenbeauftragter der Stadt Dessau-Roßlau wird Herr Bernd Wolfram für die Dauer der Legislatur des Stadtrates 2024 bis 2029 bestellt.

Als Stellvertreter des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten wird Herr Klaus Scholz für die Dauer der Legislaturperiode des Stadtrates 2024 bis 2029 bestellt.

Abstimmungsergebnis: 44:00:01

6.2 Abberufung eines Mitglieds im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: FV/018/2025/AfD

Herr L. Nothdurft, Fraktion AfD, führt in die Vorlage ein und bittet um Zustimmung.

Nach einer ausführlichen Aussprache wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Herr Stadtrat Christian Zoogbaum wird als stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses abberufen.

Abstimmungsergebnis: 21:16:08

6.3 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes sowie eines Stellvertreters für den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: BV/230/2025/I-07

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, führt kurz in die Beschlussvorlage sowie in das Wahlverfahren ein. Er bittet die Stimmzählkommission die Stimmzettel auszuteilen und nach der Wahl wieder einzusammeln. Die Stimmzählkommission besteht aus Frau Koschig, Fraktion Freies-Bürger-Forum, Herr Kellner, Fraktion CDU, Herr Dr. Hofmann, Fraktion CDU, sowie Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum.

In der ersten Wahl geht es um die Neuwahl von Herrn René Diederling als stimmberechtigtes Mitglied. Nach einer kurzen Unterbrechung gibt der Stadtratsvorsitzende folgendes Ergebnis bekannt:

- 16 Ja-Stimmen,
- 28 Nein-Stimmen und
- Eine ungültige Stimme.

Damit hat **Herr Diederling, Fraktion der AfD** die erforderliche Mehrheit nicht erreicht. Entsprechend dieses Ergebnisses wird die Wahl zum Stellvertreter nicht durchgeführt

6.4 Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

Vorlage: BV/291/2025/I-07

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung genommen.

6.5 Neubesetzung von Ausschüssen und Entsendung in den Aufsichtsrat der WBD Industriepark Dessau GmbH
Vorlage: BV/275/2025/I-07

Nach einer Aussprache wird sich darauf geeinigt, dass die einzelnen Beschlusspunkte separat zur Abstimmung gestellt werden.

Beschluss:

1. Auf Vorschlag der AfD-Fraktion wird die Besetzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt wie folgt geändert:

Herr Bernd Grassmann scheidet als stimmberechtigtes Mitglied aus. Neues stimmberechtigtes Mitglied wird René Diederich.

2. Auf Vorschlag der AfD-Fraktion wird die Besetzung des Betriebsausschusses Anhaltisches Theater wie folgt geändert:

Herr Bernd Grassmann scheidet als stimmberechtigtes Mitglied aus. Neues stimmberechtigtes Mitglied wird Jesus Rother.

3. Auf Vorschlag der AfD-Fraktion wird die Besetzung des Aufsichtsrates der WBD Industriepark Dessau GmbH wie folgt geändert:

Herr Bernd Grassmann scheidet als stimmberechtigtes Mitglied aus. Neues stimmberechtigtes Mitglied wird Dr. Joachim Nothdurft.

Abstimmungsergebnis:

Beschlusspunkt 1: 33:08:04

Beschlusspunkt 2: 33:07:05

Beschlusspunkt 3: 31:08:06

6.6 Entscheidung über die Einlegung eines Rechtsmittels in Sachen Entschädigungssatzung
Vorlage: BV/280/2025/I-07

Nach einer ausführlichen Aussprache wird die vorliegende Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, kein Rechtsmittel gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Halle – Aktenzeichen: 3 A 168/23 HAL – vom 26.08.2025 in dem Verfahren Stadt Dessau-Roßlau gegen das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt einzulegen.

Abstimmungsergebnis: 38:02:05

**6.7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 65
"Freiflächenphotovoltaikanlage an der Lukoer Straße" –
Durchführungsvertrag / Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/217/2025/I-61**

Beschluss:

1. Der in Anlage 2 beigefügte Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 65 "Freiflächenphotovoltaikanlage an der Lukoer Straße" wird gebilligt. Dem Vertragsabschluss wird zugestimmt.
2. Die zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes vorgebrachten Stellungnahmen werden mit dem Ergebnis geprüft, sie in der Art und Weise zu berücksichtigen, wie es im beigefügten Abwägungsvorschlag (siehe Anlage 3) jeweils angegeben ist.
3. Die in der Anlage 4 beigefügte Begründung mit Umweltbericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 65 "Freiflächenphotovoltaikanlage an der Lukoer Straße" in der Fassung vom 07. Juli 2025 wird gebilligt.
4. Der in der Anlage 5 beigefügte vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 65 "Freiflächenphotovoltaikanlage an der Lukoer Straße" in der Fassung vom 07. Juli 2025 einschließlich des in der Anlage 4.2 enthaltenen Durchführungsplanes (Vorhaben- und Erschließungsplan) wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:09:02

**6.8 3. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau
"Freiflächenphotovoltaikanlage an der Lukoer Straße" – Abwägungs-
und Feststellungsbeschluss
Vorlage: BV/218/2025/I-61**

Beschluss:

1. Die zum Entwurf der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) für den Stadtteil Roßlau vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es im beigefügten Abwägungsvorschlag (siehe Anlage 2) jeweils angegeben ist.

2. Die als Anlage 3 beigefügte Begründung mit Umweltbericht zur 3. Änderung des FNP für den Stadtteil Roßlau in der Fassung vom 07. Juli 2025 wird zur Kenntnis genommen und gebilligt.
3. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt die Feststellung der als Anlage 4 beigefügten 3. Änderung des FNP für den Stadtteil Roßlau “ in der Fassung vom 07. Juli 2025.
4. Die Verwaltung wird gemäß § 6 Abs. 1 Baugesetzbuch beauftragt, für die 3. Änderung des FNP für den Stadtteil Roßlau die Genehmigung beim Landesverwaltungsamt zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: 35:07:03

**6.9 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau
zum 31.12.2024
Vorlage: BV/154/2025/I-ATD**

Beschluss:

Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 einschließlich Lagebericht des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau mit einer Bilanzsumme in Höhe von 29.291.144,58 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.789.090,54 EUR wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

**6.10 Jahresabschluss 2024 des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater
Dessau - Ergebnisverwendung
Vorlage: BV/155/2025/I-ATD**

Beschluss:

1. Der Jahresgewinn in Höhe von 1.789.090,54 EUR wird der zweckgebundenen Rücklage Dachsanierung Großes Haus zugeführt.
2. Der Abschreibungswert des Jahres 2024 Altes Theater in Höhe von 129.841,62 EUR wird der zweckgebundenen Rücklage Kulturzentrum Altes Theater entnommen und der zweckgebundenen Rücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

6.11 Entlastung der Betriebsleitung Anhaltisches Theater Dessau für das Jahr 2024

Vorlage: BV/156/2025/I-ATD

Beschluss:

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau wird für das Jahr 2024 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

6.12 Jahresabschluss 2024 des Eigenbetriebs Städtisches Klinikum Dessau

Vorlage: BV/255/2025/I-SKD

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, bezeichnet die medizinische Versorgung als wesentliches Thema der Daseinsfürsorge in der Stadt. Die vergangenen Tage waren von großer Aufregung geprägt, da die Berichterstattung in der Mitteldeutschen Zeitung eine unsachgemäße und unkorrekte Situation vermittelte, die nicht dem tatsächlichen Bestand des Städtischen Klinikums Dessau entsprach. Er betont die Bedeutung der Daseinsfürsorge für die Lebensqualität und das Image der Stadt. Aufgrund der zwiespältig geführten Diskussionen bittet er den Oberbürgermeister, zur nächsten Stadtratssitzung einen Gesamtsituationsbericht zur Lage des Klinikums vorzulegen, um aufgeworfene Fragen zu klären. Die eigentliche Botschaft sollte lauten, dass sich das Klinikum nach schwierigen Jahren auf einem guten Weg der Sanierung befindet. Er fragt, ob diese Einschätzung zutreffend ist oder ob es abweichende Meinungen gibt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sagt zu, dem Wunsch nach einem Bericht im nächsten Stadtrat nachzukommen und bestätigt die zutreffende Beschreibung. Das Städtische Klinikum Dessau stellt sich den Herausforderungen. Die Position des Stadtrates zur Beibehaltung der kommunalen Trägerschaft wird nicht in Frage gestellt. Zur Altersmedizin, die im Beitrag angesprochen wurde, hat sich die Stadt bereits deutlich positioniert, auch im Amtsblatt. Das Städtische Klinikum war stets für ältere Menschen da und wird dies auch künftig mit ausgewiesenen altersmedizinischen Angeboten bleiben. Das Alterstraumazentrum und die geriatrische Medizin werden weiterhin auf hohem Niveau angeboten und ausgebaut. Die übrigen Bereiche des Städtischen Klinikums, die den Charakter eines maximalen Schwerpunktversorgers erfüllen, werden auch zukünftig dem Versorgungsauftrag entsprechend betrieben. Als nächster Beschlusspunkt steht die Ergebnisverwendung an. Trotz schwieriger Zeiten hat sich die Stadt klar positioniert, gemeinsam mit dem

Städtischen Klinikum diese Phase zu bewältigen, was sich im erwarteten eindeutigen Beschluss widerspiegeln wird.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss 2024 einschließlich Lagebericht des Städtischen Klinikums Dessau mit einer Bilanzsumme in Höhe von 143.724.744,89 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 30.622.919,83 EUR wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 43:00:02

6.13 Jahresabschluss 2024 des Eigenbetriebs Städtisches Klinikum Dessau – Behandlung Jahresfehlbetrag Vorlage: BV/294/2025/I-SKD

Beschluss:

Es wird beschlossen, den Fehlbetrag in Höhe von 30.622.919,83 EUR entsprechend § 13 Eigenbetriebsgesetz LSA aus dem Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau auszugleichen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

6.14 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Dessau-Roßlau zum 31.12.2017 und Entlastung des Oberbürgermeisters Vorlage: BV/061/2025/II-20

Beschluss:

1. Der geprüfte Jahresabschluss 2017 der Stadt Dessau-Roßlau wird mit folgenden Eckdaten gemäß § 120 KVG LSA beschlossen:
 - a. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem ordentlichen Überschuss von 5.748.568,20 EUR und einem außerordentlichen Verlust von 4.920,31 EUR ab. Dieser außerordentliche Verlust wird in Höhe von 4.920,31 EUR aus dem Überschuss ordentliches Ergebnis gedeckt. In die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses wird der verbleibende Betrag von 5.743.647,89 EUR zugeführt.
 - b. Die Finanzrechnung schließt mit einem Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 11.937.899,39 EUR, mit einem ausgeglichenen Ergebnis aus Investitionstätigkeit und einem Saldo aus Finanzierungstätigkeit von -4.547.388,66 EUR ab.

- c. Der Bestand an Finanzmitteln erhöhte sich zum 31.12.2017 um 1.083.291,09°EUR.
 - d. Die Bilanzsumme beträgt 930.997.328,48 EUR zum 31.12.2017.
2. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gemäß § 120 Abs. 1 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2017 (Jahresabschluss 2017) die Entlastung.

Abstimmungsergebnis: 40:00:05

6.15 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Dessau-Roßlau zum 31.12.2018 und Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: BV/072/2025/II-20

Beschluss:

2. Der geprüfte Jahresabschluss 2018 der Stadt Dessau-Roßlau wird mit folgenden Eckdaten gemäß § 120 KVG LSA beschlossen:
- a. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem ordentlichen Überschuss von 13.078.323,85 EUR ab. Dieser Überschuss wird in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
 - b. Die Finanzrechnung schließt mit einem Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 14.282.334,06 EUR, mit einem Fehlbetrag aus Investitionstätigkeit in Höhe von 2.071.727,42 EUR und einem Saldo aus Finanzierungstätigkeit von -7.263.762,28 EUR ab.
 - c. Der Bestand an Finanzmitteln erhöhte sich zum 31.12.2018 um 2.935.545,95°EUR.
 - d. Die Bilanzsumme beträgt 944.242.369,61 EUR zum 31.12.2018.
3. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gemäß § 120 Abs. 1 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2018 (Jahresabschluss 2018) die Entlastung.

Abstimmungsergebnis: 41:00:04

6.16 Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für 2025
Abbruch ehemalige Schule und Turnhalle Bernburger Straße 28/30
Vorlage: BV/234/2025/III-65

Beschluss:

Es wird eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für den Abbruch der Bestandsobjekte auf dem ehemaligen Schulgelände Bernburgerstraße 28/30 in Dessau-Roßlau in Höhe von 1.735.600,00 EUR für das Jahr 2025 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

- 6.17 Erlass einer Allgemeinverfügung zur Festsetzung des
Deutschlandtickets als Höchsttarif und Ausgleich von
Mindereinnahmen
Vorlage: BV/245/2025/III-66**

Beschluss:

1. Im Stadtrat wird beschlossen, eine Allgemeinverfügung zur Anwendung des Deutschlandtickets als Höchsttarif sowie zur Weiterleitung eines Ausgleichs für Mindereinnahmen gegenüber den Verkehrsunternehmen zu erlassen.
2. Die Allgemeinverfügung gilt für das Kalenderjahr 2025.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

- 6.18 Kalkulation der Abwasserentgelte der Dessauer Wasser- und
Abwasser GmbH (DESWA) für den Zeitraum vom 01.01.2026 bis
31.12.2028 als Bestandteil der Allgemeinen Bestimmungen für die
Entwässerung und die Entgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser
GmbH (ABE)
Vorlage: BV/246/2025/III-66**

Nach einem kurzen Austausch wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Die in der Anlage beigefügte Kalkulation der Abwasserentgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH für den Zeitraum vom 01.01.2026 bis zum 31.12.2028 wird als Bestandteil der "Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (DESWA)" zum 01.01.2026 bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 41:01:03

- 6.19 Änderung des Grund- und Arbeitspreises für Trinkwasser im
Preisblatt der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (DESWA)
Vorlage: BV/247/2025/III-66**

Beschluss:

Das Preisblatt für „Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“ der DESWA wird mit Wirkung zum 01.01.2026 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:01:07

- 6.20 Erste Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der Stadt Dessau-Roßlau (Abwassersatzung) sowie Änderung der Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH vom 01.01.2026 (ABE)**
Vorlage: BV/248/2025/III-66

Beschluss:

Die 1. Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der Stadt Dessau-Roßlau (Abwassersatzung) sowie die Änderung der Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (ABE) werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:01:05

- 6.21 Feststellung Jahresabschluss 2024 des Eigenbetriebes Stadtpflege Dessau-Roßlau**
Vorlage: BV/175/2025/III-EB

Beschluss:

Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 sowie der Lagebericht 2024 des Eigenbetriebes „Stadtpflege“ mit einer Bilanzsumme in Höhe von EUR 24.121.445,10 und einem Jahresgewinn in Höhe von EUR 487.707,05 wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 43:00:02

- 6.22 Ergebnisverwendung aus dem Jahresabschluss 2024 des Eigenbetriebes Stadtpflege**
Vorlage: BV/176/2025/III-EB

Beschluss:

1. Ergebnisverwendung

Der Jahresgewinn wird in Höhe von EUR 487.707,05 in die Gewinnrücklage

eingestellt.

2. Rücklagenverwendung

- Aus der allgemeinen Rücklage wird ein Betrag in Höhe des Verlustes 2024 des Bereiches Friedhofswesen von EUR 155.873,11 zur Einstellung in die Gewinnrücklage entnommen.
- In die zweckgebundenen Rücklagen wird durch Entnahme aus der Gewinnrücklage ein Betrag in Höhe des Gewinns 2024 des Bereiches Nachsorge Deponie von EUR 259.958,28 eingestellt.
- Aus der Gewinnrücklage wird an den Haushalt des Aufgabenträgers die Eigenkapitalverzinsung 2024 in Höhe von EUR 303.141,60 abgeführt. Weiterhin wird das Ergebnis der haushaltsfinanzierten Bereiche/Sonstige 2024 (EUR 109.524,61) nach Ausgleich des Verlustes der haushaltsfinanzierten Bereiche/Sonstige 2023 (EUR 30.494,10) in Höhe von EUR 79.030,51 abgeführt.

Abstimmungsergebnis: 43:00:02

6.23 Entlastung der Betriebsleiterin des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2024 **Vorlage: BV/177/2025/III-EB**

Beschluss:

Die Betriebsleiterin des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau wird für das Jahr 2024 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 43:00:02

6.24 Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren für die Jahre 2026 bis 2028 **Vorlage: BV/222/2025/III-EB**

Beschluss:

Die Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren gemäß Anlage 2 für die Jahre 2026 bis 2028 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 42:01:02

6.25 4. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung **Vorlage: BV/223/2025/III-EB**

Beschluss:

Die 4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Dessau-Roßlau (Straßenreinigungsgebührensatzung) gemäß Anlage 2 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:01:02

6.26 Erste Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung für berufsbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau im Planungszeitraum 2024/2025 bis 2028/2029
Vorlage: BV/159/2025/IV-40

Beschluss:

Die erste Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für berufsbildende Schulen wird beschlossen mit dem Inhalt zur Einrichtung eines neuen Bildungsganges: ‚Einjährige Berufsfachschule ohne beruflichen Abschluss in der Fachrichtung Technik‘.

Abstimmungsergebnis: 44:00:01

6.27 Satzung der Stadtbibliothek Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/225/2025/IV-40

Beschluss:

Die Satzung der Stadtbibliothek der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen. Die Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 38:06:01

6.28 Kalkulation zur Gebührensatzung der Stadtbibliothek Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/226/2025/IV-40

Beschluss:

Die Kalkulation zur Gebührensatzung der Stadtbibliothek Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:06:00

6.29 Gebührensatzung der Stadtbibliothek Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/227/2025/IV-40

Beschluss:

Die Gebührensatzung der Stadtbibliothek Dessau-Roßlau wird beschlossen. Die Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 39:06:00

6.30 Positionspapier der Stadt Dessau-Roßlau zur Schulsozialarbeit nach 2027

Vorlage: JB/005/2025/IV-51

Herr George, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, führt kurz in die Thematik ein.

Danach stellt der Stadtratsvorsitzende die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt das Positionspapier der Stadt Dessau-Roßlau zur Schulsozialarbeit und beauftragt die Verwaltung zur Übergabe an das Land Sachsen-Anhalt.

Abstimmungsergebnis: 36:07:02

6.31 Satzung zur Änderung der Satzung über die Einrichtung der Feuerwehr und die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten für die Leistungen der Feuerwehr der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: BV/110/2025/IV-37

Beschluss:

Die Änderung der Satzung über die Einrichtung der Feuerwehr und die Erhebung von Kostenersatz für die Leistungen der Feuerwehr der Stadt Dessau-Roßlau (Feuerwehrsatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 42:01:02

6.32 Satzung über den Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: BV/178/2025/IV-37

Beschluss:

Die Satzung über den Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:01

**6.33 Novellierung zur Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges für die
Freiwillige Feuerwehr Alten
Vorlage: BV/207/2025/V-37**

Beschluss:

1. Novellierung zur Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Alten wird beschlossen.
2. Für die Maßnahme erfolgt der Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 700.000,00 EUR.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

**6.34 Arbeitsverpflichtung für Asylbewerber und erwerbsfähige
Leistungsberechtigte von Bürgergeld
Vorlage: FV/011/2025/AfD**

Die Fraktionsvorlage wurde bei der Beschlussfassung der Tagesordnung abgesetzt.

**6.35 Stufenweise Umsetzung des Schottergärtenverbots
Vorlage: FV/013/2025/GRÜNE**

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt in die Fraktionsvorlage ein.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, als Maßnahme der Klimaanpassung eine Informationskampagne für mehr Biodiversität und weniger Schotter in unseren Gärten durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 33:11:01

Nach der Beschlussfassung wird eine 20-minütige Pause durchgeführt.

**6.36 Einrichtung des Doppelhaushaltes für die Stadt Dessau-Roßlau
beginnend mit den Haushaltsjahren 2027/2028
Vorlage: FV/014/2025/ABV**

Herr J. U. Weber, Fraktion ABV, führt in die Thematik ein.

Nach einer ausführlichen Debatte **stellt Herr Hoffmann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates**, gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse einen Antrag auf Ende der Rednerliste.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, gibt bekannt, dass keiner mehr auf der Rednerliste steht und stellt danach die Fraktionsvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, den Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau ab dem Jahr 2027 so zu planen und vorzulegen, dass dieser für zwei Jahre gültig ist.

Abstimmungsergebnis: 16:20:09

**6.37 Integration des Katastrophenschutzes in das Alarmierungssystem
„FeuerwehrPortal“
Vorlage: FV/015/2025/CDU**

Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, den Katastrophenschutz in das Alarmierungssystem „FeuerwehrPortal“ nachträglich mit zu integrieren.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

**6.38 Ertüchtigung der brachliegenden Sportfläche des zweiten Platzes des
SV Stahlbau Dessau e.V. für sportliche Zwecke
Vorlage: FV/016/2024/CDU**

Herr Adamek, Fraktion CDU, führt in die Thematik ein.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch wird die Fraktionsvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung soll sich mit dem Vorstand des SV Stahlbau Dessau e.V. in Verbindung setzen und abklären, ob die aktuell brachliegende Fläche des zweiten Sportplatzes zur Verfügung steht.
2. Steht die Fläche zur Verfügung, so soll diese zunächst schlicht für sportliche Zwecke ertüchtigt werden.
3. Bis zum 3. Quartal 2025 soll geprüft werden, ob der Platz nach den unten aufgeführten Punkten als Schulsportplatz gewidmet werden kann und welche Kosten dazu erforderlich sind.
 - a. Der Platz wird hinsichtlich des Bodens so hergerichtet werden, dass Freiluft-Schulsportarten (entsprechend des Fachlehrplanes) möglich sind.
 - Dazu gehören: eine Rasenfläche (für Ballsport, wie Fußball, Basketball) und eine umlaufende Laufbahn (Sprint, Ausdauer) sowie Weitsprunganlage, Kugelstoßring, ggf. noch Abstimmung mit Fachschaft Sport des Gymnasiums
 - Eine verschließbare „Hütte“ für Sportgeräte (Umkleideräume sind in der dann neuen Sporthalle des Gymnasiums vorhanden, von welcher aus die Schüler entlang der Damaschkestraße [30er-Zone, vorhandener Fußgängerüberweg] zum schnell erreichbaren Sportplatz geführt werden)
 - b. Der Boden des kurzen Abzweigs von der Damaschkestraße zu dem Sportplatz umgebenden Zaun sollte, soweit möglich, eben sein (jahreszeitabhängig sollte zwischen Damaschkestraße und Tor zum Sportplatz eine Wegbeleuchtung möglich sein)
 - c. Im Zaun befindet sich bereits ein Tor (von der Damaschkestraße aus kommend ziemlich am Anfang) zum Betreten des gewünschten Sportplatzes, welches nach Erneuerung weiter genutzt wird.
 - d. Der Zaun um den Sportplatz muss ebenso erneuert werden.

Abstimmungsergebnis: 39:00:06

6.39 Finanzmittel Mühlenstraße
Vorlage: BV/009/2025/OR Mosig

Die Beschlussvorlage wird in den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung gemeinsam mit dem Haupt- und Personalausschuss zum Haushalt 2026 verwiesen.

6.40 Mittelbereitstellung für die Regenentwässerung Mosigkau Teil A -
Südlich Mühlenteich
Vorlage: BV/010/2025/OR Mosig

Die Beschlussvorlage wird in den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung gemeinsam mit dem Haupt- und Personalausschuss zum Haushalt 2026 verwiesen.

6.41 Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Entschlammung des
Neuen Teiches für 2026
Vorlage: BV/011/2025/OR Mosig

Herr J. U. Weber, Fraktion ABV, führt kurz in die Thematik ein und reicht als Einreicher der Vorlage einen Änderungsantrag ein, welcher der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist.

Danach wird die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung gemeinsam mit dem Haupt- und Personalausschuss zum Haushalt 2026 verwiesen.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Ausführungen zur Haushaltsplanung und zum Haushaltsentwurf 2026
durch das Dezernat für Finanzen, Digitalisierung und moderne
Verwaltung

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, führt anhand einer Präsentation in den Haushalt 2026 ein. Diese Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Herr Rumpf bedankt sich bei Herrn Beigeordneten Ulbrich für die Ausführungen und kündigt an, dass die Fragen zu diesem Thema im Haushaltsausschuss behandelt würden.

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erkennt an, dass Herr Rumpf die Stadtratssitzungen moderiert und sich dabei nach Kräften bemüht. Er weist jedoch darauf hin, dass der Stadtratsvorsitzende bei Abstimmungen nicht nur feststellen sollte, dass er eine große Mehrheit sieht, sondern selbst mit abstimmen muss.

Der Stadtratsvorsitzende nimmt die Anmerkung zur Kenntnis.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft, beginnt mit einer persönlichen Erklärung: Er wird den Rollstuhl nur bei Bedarf nutzen, wenn es sein Verletzungsbild erfordert. Seine Arbeitsfähigkeit ist nicht gefährdet, und er wird sein Mandat weiterhin wahrnehmen. Er bittet um Barrierefreiheit in der Stadt und entsprechende Vorkehrungen in den Ausschüssen, denen er angehört.

Zum Hauptthema äußert er große Besorgnis über Mitteilungen aus der Bevölkerung bezüglich Betriebs- und Heizkostenabrechnungen im Zusammenhang mit der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft (DWG). Wenn die Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV) keine Energiekosten erhöht, sondern lediglich den Wegfall der Energiepreiskontrolle und erhöhte Umsatzsteuern weitergegeben hat, stellt sich die Frage, wie Heizkostennachzahlungen von bis zu 8.000 Euro zustande kommen können. Hinzu kommt, dass die DWG auch Heizkosten für leerstehende Wohnungen tragen muss. Diese Entwicklung bereitet ihm sowohl hinsichtlich des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses der DWG als auch sozialpolitisch große Sorgen, insbesondere für Bürger, die von Sozialleistungen abhängig sind. Er bittet den Stadtrat zu prüfen, wie mit dieser Problematik umgegangen werden kann, und schlägt eine Abstimmung zwischen DWG und DVV vor. Während die Mitarbeiter der DVV hervorragende Arbeit leisten und die Nachfrage stetig steigt, dürfe sich die Stadt diesem Thema nicht entziehen. Er fordert die Bildung einer Taskforce aus Sozialamt, DWG und DVV, um strukturell Abhilfe zu schaffen. Menschen mit Nachzahlungen von 8.000 Euro seien damit überfordert. Zwar drohe aufgrund der Direktabrechnung der Mietkosten in Dessau-Roßlau keine Wohnungskündigung, jedoch besteht die Gefahr des Abklemmens der Wärmeversorgung. Er hofft auf eine Lösung durch den Stadtrat, um dieser sozialen Verantwortung gerecht zu werden.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, bestätigt das angesprochene Problem bei DWG-Blocks, auch in Dessau-Süd, wo es aufgrund von Leerstand zu hohen Nachzahlungen kommt. Er hat sich bei den Stadtwerken informiert: Das Problem liegt darin, dass Fernwärmestränge durch die gesamten Gebäude verlaufen. Bei leergezogenen Immobilien verbleiben die Kosten bei den anderen Mietern. Die Empfehlung lautet, auszuziehen, andere Lösungen gebe es nicht. Er bezeichnet dies als erhebliches Problem.

Zum Rosenhof richtet er eine Frage an das Amt für Soziales und Integration. Er möchte erfahren, ob Alternativen für Obdachlosenunterkünfte geschaffen wurden, um diesen Menschen zu helfen.

Die nächste Anfrage thematisiert die Sportförderung aus dem Sondervermögen von einer Milliarde Euro, aufgeteilt auf 250.000.000 Euro pro Jahr. Es sei noch unklar,

wie das Verfahren funktionieren soll, jedoch müssten kommunale Anträge bis zum 10.11. gestellt werden. Er bittet darum, diese Frist nicht zu versäumen und aktiv zu werden, und erkundigt sich nach näheren Informationen.

Abschließend äußert Herr Stadtrat Mrosek Besorgnis über den Industriehafen Roßlau. Dieser führt zwar Wasser, jedoch fehlt das Ladevolumen sowie die Be- und Entladetechnik, die abgeschafft wurde. Er appelliert, die Entwicklung aufmerksam zu verfolgen, da der Industriehafen nach wie vor wichtig für die Stadt und den Ortsteil Roßlau ist.

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, berichtet zur Neuausrichtung der Unterbringung wohnungsloser Personen im Zusammenhang mit dem Rosenhof, dass entsprechend der Informationsvorlage aus 2024 und der Beschlussvorlage vom Mai die Unterbringung an drei Standorten gemäß dem Arbeitsauftrag des Stadtrates umgesetzt wird. Das Ausschreibungsverfahren wurde durchgeführt, wobei es zwei Bewerber für Betreuung und Betreuung obdachloser Personen sowie sechs Bewerber für den Wachschatz gab. Die Verfahren sind abgeschlossen. Die Vertragsgestaltung entsprechend der Leistungsbeschreibung wird im November und Dezember finalisiert, sodass die geplante Umsetzung beginnen kann. Es gibt derzeit keine Probleme. Die Verwaltung steht mit den Bewohnern des Rosenhofes im Gespräch, um weitere Details zu klären und die Leistungsberechtigung sicherzustellen, bevor der Auszug aus dem Rosenhof erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass Mittel für die notwendige Unterstützung des Industriehafens in der Finanzplanung berücksichtigt sind, sodass davon auszugehen ist, dass alles funktioniert. Zum Thema Sportförderung berichtet er, dass innerhalb der Verwaltung die Thematik bereits besprochen wurde. Die Zeitscheinen seien sehr knapp bemessen, sodass dem Stadtrat tatsächlich noch im Dezember eine Entscheidung vorgelegt werden müsste. Gemeinsam mit dem Leiter des Referats Sportförderung wurden zwei Projekte besprochen: die Beleuchtung im Stadion und das Dach der Anhalt Arena. Diese beiden Maßnahmen werden derzeit geprüft, um möglicherweise einen Antrag zu stellen. Die erste Tranche der Sportmilliarde läuft bereits. Er erwähnt, dass ihm bereits die Informationen von einem Landesabgeordneten zugearbeitet wurden, nachdem die Vertreterin der AfD im Landtag darauf hingewiesen hatte. Es wird eventuell eine außerplanmäßige Sitzung im Ausschuss für Kultur und Sport erforderlich sein, um zu prüfen, ob ein Antrag gestellt werden kann. Die beiden genannten Themen – Beleuchtung im Stadion und Dach der Anhalt Arena – erscheinen angesichts der kurzen Zeit am ehesten machbar.

Herr Bernstein, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, nimmt die Information zur Eilentscheidung bezüglich mobiler Sperreinrichtungen zur Kenntnis, äußert jedoch grundsätzliche Bedenken. Es fehlt eine öffentliche Diskussion darüber, inwieweit Freiheit und Lebensweise einer vermeintlichen oder gefühlten Sicherheit geopfert werden sollen. Konkret bezieht er sich auf die Absage zweier Volksfeste in diesem Jahr – des Pflaumenkuchenfestes und des Heimatfestes in Dessau-Alten. Er plädiert dringend dafür, eine solche Diskussion anzuregen und einen gestaffelten Kriterienkatalog für die Genehmigung solcher Feste zu erarbeiten. Aus einer

Veranstaltung der Landtagsfraktion mit Vertretern des Dessau-Törtner Heimatvereins sei deutlich geworden, dass nicht jeder einen von LKWs eingegrenzten Festplatz akzeptieren möchte. Es sollte eine persönliche Entscheidung bleiben, ob man trotz fehlender Sicherheitseinrichtungen solche Feste besucht und das persönliche Risiko in Kauf nimmt. Die Erarbeitung eines entsprechenden Kriterienkatalogs sollte in der Verwaltung diskutiert werden.

Zusätzlich stellt er zwei Fragen: Erstens weist er auf die problematische Pflasterung am Rathaus hin, die aufgrund großer Fugen insbesondere für Frauen mit Absätzen eine Unfallgefahr darstellt und möglicherweise überarbeitet werden sollte. Zweitens fragt er bezüglich der Neugestaltung der Parkplätze im rückwärtigen Bereich der Zerbster Straße, wie sichergestellt ist, dass Gastronomen ihre Lieferverkehre und Entsorgung weiterhin gewährleisten können.

Abschließend äußert Herr Stadtrat Bernstein einen Wunsch zur Kameraführung bei Stadtratssitzungen. Früher im Ratssaal sind die Gesichter der Stadträte sichtbar gewesen, während derzeit nur noch deren Rücken zu sehen sind. Es ist der berechtigte Wunsch geäußert worden, die Technik so anzupassen, dass die Bürger die von ihnen gewählten Stadträte auch sehen können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck betont, dass die Frage bzgl. der Poller auch politisch beantwortet werden muss. Er vertritt eine liberale und freiheitsliebende Grundhaltung, weist jedoch darauf hin, dass für gesellschaftliche Freiheiten auch sichergestellt werden muss, dass Behörden über entsprechende Ermessensspielräume verfügen. In Deutschland herrscht die Tendenz, nach Schuldigen zu suchen, wenn etwas passiert, wobei dann Behörden hinterfragt werden: Warum wurde kein Sicherheitskonzept geprüft, warum keine Poller aufgestellt, warum wurden Risiken nicht abgesichert? Wenn die Gesellschaft solche Freiheiten leben möchte, müssten Gesetze gewährleisten, dass nicht letztlich einzelne Mitarbeiter in Ordnungsbehörden, die Veranstaltungen genehmigt haben, als Schuldige dastehen. Die Verwaltung gehe mit Augenmaß vor, jedoch müsse diese grundsätzliche Diskussion geführt werden. Er verweist darauf, dass die Arbeit eines Untersuchungsausschusses von Kommunen im Land sehr genau beobachtet wird und Verantwortung nicht auf die Kommunen abgewälzt werden kann. Die Behörden verfügten über Informationen, zu denen andere keinen Zugang haben.

Herr Nolte, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, verweist auf eine zu Jahresbeginn beschlossene Vorlage zum Thema Beschlusskontrolle, die vorsieht, dass zu den anstehenden Haushaltsberatungen eine Liste mit allen ausstehenden Stadtratsentscheidungen erstellt wird, jeweils mit Umsetzungsstand und Finanzbedarf hinterlegt. Er möchte wissen, wie der aktuelle Stand ist und ob diese Liste zu den Haushaltsberatungen vorgelegt wird. Weiterhin fragt er nach dem aktuellen Stand der Besetzung der Stelle des Kinder- und Jugendbeauftragten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bestätigt, dass aufgrund der Beschlusslage die entsprechende Übersicht rechtzeitig zugearbeitet werden muss. Er befürchtet jedoch, dass dies nicht bis zum nächsten Tag erfolgen kann, sichert aber zu, dass die Übersicht bereitgestellt wird. Zum Thema Kinder- und Jugendbeauftragte verweist er

darauf, dass Herr Beigeordneter Horváth sich bereits an anderer Stelle dazu geäußert hat. Die Stelle war ausgeschrieben, konnte jedoch nicht besetzt werden. Ein neuer Versuch läuft derzeit.

Frau Perl, Fraktion SPD, dankt zunächst Herrn Stadtrat J. U. Weber dafür, die Problematik der Heizkosten in den politischen Raum gebracht zu haben. Sie selbst beschäftigt sich seit Jahren mit diesem Thema, jedoch ohne Antwort. Nun besteht ein ernstes Problem, erkennbar an den langen Warteschlangen im Kundenzentrum der DVV. Die Ursachen seien vielschichtig, jedoch kann man erwarten, dass die kommunale Familie – insbesondere DVV und DWG – zusammenarbeiten. Mietrechtliche Ansprüche richten sich zwar gegen den Vermieter, jedoch habe man 1999 die sogenannte Mieterdirektabrechnung beschlossen. Viele Mieter wissen nicht, dass sie sich an ihren Vermieter wenden können. Sie verweist auf frühere Anfragen zur CO₂-Umlage, bei denen nur 5,28 Prozent informiert waren. Die aktuelle sozialpolitische Situation bezeichnet Frau Stadträtin Perl drastisch als Katastrophe. Nachzahlungen von 7.000 Euro seien zwar Ausreißer, aber auch Beträge von 3.000 Euro seien keine Seltenheit. Sie hat alte Frauen gesehen, die Grundsicherung beantragen mussten. In den kommenden Wochen erwartet sie, dass DVV, DWG und das Sozialamt gemeinsam Lösungen erarbeiten. Ein Beispiel von 716 Euro für eine 64-Quadratmeter-Wohnung zeige, dass kein Jobcenter solche Kosten übernimmt. Nicht alle Ursachen lägen im Verhalten der Mieter (offene Fenster, hoher Wasserverbrauch), sondern auch in veralteten Anlagen und schlecht gemanagtem Leerstand. Diese erfordern langfristige Lösungen. Sie schlägt vor, das Thema schnellstmöglich im Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales mit fachlicher Expertise des Verbraucherschutzes und gegebenenfalls des Mieterbundes zu behandeln. Ihre Erwartung ist, dass DVV, DWG und die Stadt zusammenarbeiten, damit niemand Weihnachten in der Kälte verbringen muss.

Herr L. Nothdurft, Fraktion AfD, weist zunächst auf ein kulturelles Ereignis hin: Am Sonntag, den 2. November, findet um 15:00 Uhr in St. Marien in Roßlau ein von der Stadtjägerschaft mit Herrn Mitsching organisiertes Konzert mit Messe statt. Er wünscht sich Beteiligung aus dem Stadtrat und betont, dass dies der Stadt und insbesondere Roßlau gut stehen würde. Vergangene Veranstaltungen hätten gezeigt, dass solche Beteiligungen funktionieren. Das Haus der Vereine in Roßlau wurde vor zwei Wochen mit einem vielfältigen Programm und Anwesenheit von Stadt- und Landesvertretern sowie Landtagsabgeordneten eröffnet. Auch die gut organisierte Veranstaltung der Stadtjäger auf der Wasserburg Roßlau ist erfolgreich gewesen. Die Beteiligung des Stadtrats würde das kulturelle und Vereinsleben in Roßlau und den Vororten aufwerten und Wertschätzung zeigen.

Weiterhin spricht er einen Dank gegenüber Frau Bürgermeisterin Lohde aus für die kurzfristige Bearbeitung und Umsetzung von Missständen beim Vollzug der Baumaßnahmen entlang der ertüchtigten Straßenzüge an der Behelfsbrücke in Roßlau. Nach viel Kritik habe er nun auch Lob aus der Bevölkerung erhalten, welches an die Verwaltung gerichtet ist.

Des Weiteren äußert er noch einen weiteren Wunsch bezüglich der Ortschaften: Trotz der angespannten finanziellen Lage und der notwendigen Abwehrschlacht benötigten die Ortschaften dringend höhere Mittel. Die bisher geplanten Budgeterhöhungen im niedrigen einstelligen Bereich würden den Anforderungen nicht gerecht. Ein wesentlicher Teil der Ortschaftsbudgets entfalle auf Betriebskosten- und Instandhaltungszuschüsse, die insbesondere Handwerksleistungen, Energie- und Dienstleistungen betreffen – Bereiche, die in den letzten Jahren erheblich unter Kostensteigerungen gelitten haben. Bereits aus Mosigkau und nun auch aus Roßlau sowie vermutlich weiteren Ortschaften komme der Wunsch nach substanziellen Erhöhungen der Ortschaftsbudgets, um die Ortschaften und das Vereinsleben zu unterstützen. Er bittet die Verwaltung, diesen Beratungsprozess auf unterster kommunaler Ebene nicht nur zu begleiten, sondern aktiv gemeinsam zu überlegen, wie diesen Kostenblöcken und dem vielseitigen Vereins- und Sportleben mit Unterstützung und Entlastung begegnet werden kann, damit die Ortschaften nicht als bloße Rufer in der Wüste zurückbleiben.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, weist darauf hin, dass die Betriebskosten nicht durch Haushaltssperren oder ähnliche Maßnahmen reglementiert werden, sondern entsprechend der Satzung in voller Höhe abgerechnet werden.

Herr Adamek, Fraktion CDU, möchte den aktuellen Sachstand des Kristallpalasts erfahren.

Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, erläutert, dass die aktuelle Beschlusslage vorsieht, dass der Stadtrat einem Vorhabenträgerwechsel aufgrund eines Eigentumswechsels zugestimmt hat. Mit dem neuen Vorhabenträger und dem zuständigen Planungsbüro wurden in diesem Jahr zwei Gespräche geführt. Der Vorhabenträger hat sein Projekt hinsichtlich allgemeiner Kostensteigerungen und veränderter Gebäudeanforderungen überprüft. Dabei wird auch erörtert, ob die bisher vorgesehene Nutzungsmischung beibehalten werden soll und ob mehr Wohneinheiten im Gebäude untergebracht werden können. Die Verwaltung hat notwendige Hinweise gegeben, die auch eine Anpassung des Bebauungsplanentwurfs betreffen. Der Vorhabenträger wird sich mit seinem Planungsbüro Anfang des neuen Jahres zurückmelden, woraufhin zu gegebener Zeit im Fachausschuss berichtet wird.

Ferner thematisiert **Herr Stadtrat Adamek** die Einführung in den Haushalt. Er dankt für die Ausführungen, vermisst jedoch in der Präsentation die Darstellung der Verlustausgleiche anderer kommunaler Eigenbetriebe. Auf Seite 1 werde lediglich der Fehlbedarf der Städtisches Klinikum mit 26 Millionen Euro jährlichem Verlustausgleich genannt. Er verweist auf seine eigenen Zahlen, wonach in einem Zeitraum von 10 Jahren 242.000.000 Euro aus dem Haushalt in die kommunalen Eigenbetriebe geflossen seien, ohne dass ein einziger Cent davon für das Städtische Klinikum bestimmt war, sondern ausschließlich für andere Eigenbetriebe.

Er bittet darum, in der Haushaltsdebatte zu berücksichtigen, dass das Thema Klinikum den Stadtrat täglich beschäftigt. Stets werde betont, dass die neue

Klinikumsleitung hervorragende Arbeit leistet, das Präsidium dies mehrfach bekräftigt hat und die Mitarbeiter engagiert mitziehen. Er appelliert dringend, die Bürgerinnen und Bürger sowie insbesondere die Mitarbeiter im Städtischen Klinikum, die mit aller Kraft am Defizitausgleich arbeiten und täglich ihren Beitrag leisten, nicht weiter zu verunsichern. Die Leitung sendet regelmäßig positive Signale ins Haus und er bittet die Stadtverwaltung, sich dem anzuschließen und öffentlich über die positive Entwicklung des Hauses in den letzten sieben bis acht Monaten zu berichten, damit die Menschen vor Ort dies auch mitbekommen. Abschließend bittet er um eine informative Übersicht der Zu- und Abflüsse zwischen Kommune und allen kommunalen Eigenbetrieben für die letzten 15 Jahre.

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, äußert eine dringende Bitte zum Thema Kinder- und Jugendvertretung der Stadt Dessau-Roßlau. Seit 10 Jahren werde an einem möglichen Konzept gearbeitet, das bis heute weder im Ansatz noch im Versuch umgesetzt worden sei. Es wurde versucht, diese Angelegenheit durch einen Kinder- und Jugendbeauftragten zu strukturieren, was jedoch bisher nicht gelungen ist. Fakt ist, dass alle umliegenden Gemeinden bereits über ein solches Gremium verfügen. Für den Rat ist es unabdingbar, Nachwuchs zu gewinnen, um die demokratische Begleitung in der Stadt zukunftssicher zu gestalten. Er stellt die konkrete Frage, ob es möglich ist, das Thema 2026 abzuschließen und gemeinsam die Realisierung zu erreichen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt klar, dass es einen Beschluss zum Kinder- und Jugendparlament gibt. In diesem Jahr gab es bereits Bestrebungen, die Idee mit Leben zu erfüllen, und er geht davon aus, dass weiter am Thema gearbeitet wird. Er kann jedoch nicht versprechen, dass die Jugendlichen tatsächlich teilnehmen möchten, was letztlich entscheidend ist, um ein Kinder- und Jugendparlament mit Inhalt zu füllen. Es brauche Jugendliche, die sich aktiv einbringen. Ergänzend betont er, dass ein Jugendparlament in seiner Vorstellung ein Gremium ist, das unterschiedliche Meinungsbilder zum Ausdruck bringt.

Herr Stadtrat Schönemann betont, dass er die Frage nicht gestellt hätte, wenn er nicht sicher wäre, dass Jugendliche bereit sind, sich zu engagieren. Das Interesse ist in unterschiedlicher Form vorhanden, unter anderem durch Vertreter in den Schulen, die Schulen oder Klassen repräsentieren. Er ist zuversichtlich, dass eine Umsetzung möglich ist, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Es müsse nicht zwingend ein Parlament sein, sondern könne auch ein modernes Gremium anderer Art sein, das eine Vertretung sicherstellt. Dabei sei eventuell auch Fantasie gefragt. Er freut sich auf das Ergebnis und bedankt sich.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, kritisiert, dass Jugendlichen bereits im Vorfeld Interesse an einem Beteiligungsgremium abgesprochen wird, bevor dieses überhaupt entstanden ist oder eine Beteiligung möglich gemacht wurde. Er betont, dass seit Jahren um eine Möglichkeit der Jugendbeteiligung gekämpft werde. Die Probleme liegen unter anderem darin, dass die Stelle des Kinder- und

Jugendbeauftragten wiederholt ausgeschrieben, aber nicht besetzt wurde oder Personen abgesprungen sind. Es braucht ein Hauptamt, das sich professionell darum kümmern kann. Der Fachausschuss habe deutlich gemacht, dass alles andere pseudopolitisch ist und nur eine Scheinbeteiligung der Jugendlichen darstellt. Es ist wichtig, Jugendbeteiligung ernst zu nehmen und dafür gute Voraussetzungen zu schaffen. Dies liege in der Verantwortung des zuständigen Dezernats, die Stelle zeitnah und qualifiziert zu besetzen, um auf den richtigen Weg zu kommen. Jugendlichen vorab das Interesse abzusprechen, findet er äußerst fragwürdig.

Zusätzlich äußert er schwere Bedenken zur Haltung der AfD gegenüber Schulsozialarbeit. Im Fachausschuss habe sich Herr Rother dazu nicht geäußert. Beim Jugendamt habe man bestätigt, nicht zu wissen, was die AfD gegen Schulsozialarbeit habe. Die Fraktion verweigert sich auch im Stadtrat der Debatte. Der Redner verweist auf Herrn Tillschneider im Landtag, der von einem "parasitären System" spricht und Schulsozialarbeit als "ranzigsten Ladenhüter" aus politischem Angebot bezeichnet. Dieser fordere einen kontinuierlichen Ausstieg aus der Schulsozialarbeit und betrachte Schulsozialarbeiter als Teil eines sich aus dem linken Flügel speisenden parasitären Systems. Herr Stadtrat George unterstellt, dass dies die Haltung der gesamten AfD-Fraktion widerspiegelt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt klar, dass seine Ausführungen in keiner Weise zum Ausdruck gebracht hätten, dass es kein Interesse seitens der Jugendlichen gibt. Im Gegenteil glaube er, dass Jugendliche politisch sehr interessiert sind, was sich regelmäßig in Umfragen, bei politischen Gesprächen und Meinungsäußerungen zeigt. Dennoch betont er, dass ein Jugendparlament eine Institution ist, die sehr viel Zeit und Ressourcen erfordert, zusätzlich zu Schule und anderen bedeutsamen Dingen im Leben junger Menschen. Es braucht letztendlich die Bereitschaft, sich trotz der damit verbundenen Opportunitätskosten in ein Parlament einzubringen. Die Voraussetzungen sind zwar vorhanden, jedoch gehöre er nicht zu denjenigen, die der Auffassung sind, dass man zunächst erwachsene hauptamtliche Strukturen schaffen müsse, damit dann irgendwie alles funktioniere.

Herr Hoffmann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, betont, dass es ein offener Prozess ist, ob eine Jugendvertretung in Form eines Parlaments oder einer anderen Struktur entstehen soll. Die jungen Menschen müssten selbst entscheiden, in welcher Form sie sich bei für sie relevanten Themen einbringen möchten. Er erinnert sich, dass er 1992 als Vater mit Interesse an Kindereinrichtungen den Jugendhilfeausschuss kennenlernte und damals bereits einen sogenannten Stadtjugendring vorfand, der eine Zeitlang existierte. Identifikation mit solchen Gremien ist wichtig; wenn Menschen wegfallen und keine neuen sich finden, könne etwas auch vorübergehend scheitern. Er verweist darauf, dass die Stadt bereits früher solche Traditionen hatte. Problematisch ist, dass vieles vorweggenommen wird, bevor die tatsächlichen Interessenslagen bekannt sind. Er habe mehrfach mit Personen aus dem Umland Kontakt aufgenommen, um zu erfahren, wie diese Jugendbeteiligung umgesetzt haben – unkompliziert und pragmatisch. Es gibt Anknüpfungspunkte über Vertretungskörperschaften an Schulen und andere Strukturen. Zudem habe er über das Netzwerk "gelebte Demokratie" an Workshops

zu Demokratie und Ehrenamt teilgenommen und erlebte in der Zerbster Straße in einem damaligen Mitmachladen viele junge Menschen in Diskussionsrunden, die sich einbringen wollten. Er teilt nicht die Skepsis, dass solche engagierten jungen Menschen nicht zu finden sind – er weiß, dass sie existieren. Die Frage ist, wie ihnen Raum gegeben werden könne. Ob tatsächlich eine beauftragte Person zwingend erforderlich ist, stellt er infrage. Man müsse auch thematisieren, dass Menschen sich eigeninitiativ melden können. Der Jugendhilfeausschuss könne solche Initiativen aufnehmen und kanalisieren. Eine beauftragte Person könne den Prozess strukturieren und verbessern, aber man dürfe nicht nur darauf warten. Als er vor Jahren einen entsprechenden Antrag für seine Fraktion schrieb, ist man bereits am Warten gewesen, und seither sei ein Desaster nach dem anderen passiert. Es ist höchste Zeit zu handeln. Nach mehreren gescheiterten Ausschreibungen müsse das Thema mit größerer Ernsthaftigkeit angegangen werden.

Herr Kellner, Fraktion CDU, weist darauf hin, dass es in diesem Jahr Workshops zur Schüler- bzw. Jugendvertretung gab, zu denen jedoch niemand erschienen ist. Er betont, dass sehr wohl versucht wurde, etwas zu unternehmen, und kritisiert die pauschale Aussage, es werde nichts gemacht. Im Jugendhilfeausschuss gibt es einen Platz für einen Schülervertreter, der regelmäßig leer bleibt – auch das gehöre zur Wahrheit. Es ist unfair, nur der Verwaltung Vorwürfe zu machen, wenn diese Angebote schafft, aber keine Teilnahme erfolgt.

Zum Bauhaus und dessen Bedeutung für die Stadt merkt er an, dass die wirtschaftliche Grundlage dafür 1676 durch den Alten Dessauer geschaffen wurde. Im kommenden Jahr jährt sich dessen Wirken zum 350. Mal, und er bittet die Verwaltung, neben dem 100-jährigen Bauhaus-Jubiläum auch an diese historische Leistung zu erinnern, die die Ansiedlung erst ermöglichte. In diesem Zusammenhang wünscht er sich im nächsten Stadtrat einen Überblick über die aktuellen wirtschaftlichen Ziele und den Stand der Wirtschaftsoffensive. Er nennt Projekte wie den Rosenhof, der leider Geschichte ist, und fragt nach dem Stand bei der Algenfarm. Er hofft, dass die Stadtverwaltung im nächsten Stadtrat präsentieren wird, woran gearbeitet wird und was zu erwarten ist, damit nicht weiter über Sparmaßnahmen wie Schwimmbadschließungen, das Städtische Klinikum oder das Anhaltische Theater diskutiert werden muss, sondern durch gesteigerte Wirtschaftskraft mehr Einnahmen erzielt werden. Die Rahmenbedingungen mit Autobahnanbindung sind vorhanden und im Umland funktioniert es auch.

Zum Thema Sicherheit lobt er als Mitglied des Ortschaftsrats Mildensee die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung bei Festen. Es habe stets Lösungen gegeben, auch wenn manchmal diskutiert werden musste, ob ein LKW oder ein Transporter ausreicht. Kritisch äußert er sich jedoch zur Darstellung der neuen Poller in Gesprächen und im Fachausschuss, die aus seiner Sicht nicht ganz korrekt wiedergegeben worden sind. Er hofft, dass darüber nichts veröffentlicht wurde, und wünscht sich eine bessere Kommunikation, da die Außenwirkung der Verwaltung bei diesem Thema kontraproduktiv gewesen ist. Abschließend merkt er an, dass es problematisch sei, wenn die Summe einer

möglichen Vergabe bereits vorab in der Mitteldeutschen Zeitung zu lesen ist, da dann Angebote entsprechend angepasst würden.

Herr Stadtrat L. Nothdurft bittet um Erlaubnis für eine Entgegnung auf die aus seiner Sicht unnötig scharfen Worte von Herrn Stadtrat George. Er verweist darauf, dass offenbar etwas, das Dr. Tillschneider im Landtag angesprochen hat, Herrn George provoziert hat. Er konstatiert ein grundsätzliches Problem im Land: die Unausgewogenheit in der veröffentlichten Meinung und der Wahrnehmung demokratischer Rechte. Es herrscht ein enormer Gruppendruck und eine intensive Fokussierung auf Ansichten außerhalb des Mainstreams, die jedoch mittlerweile von der Mehrheit der Bürger getragen wird – auch von jungen Menschen in Land und Stadt.

Die Jugend ist wach, denkt politisch und äußert sich, jedoch nicht unbedingt in Gremien, die aus ihrer Sicht durch bezahlte hauptamtliche Funktionäre orchestriert werden sollen. Er fordert dazu auf zu überdenken, wie und mit wem man auftritt. Jemand habe gerade mit einer entsprechenden Handbewegung reagiert. Es sei eine Frage, wie man Kinder und Jugendliche einlädt, frei, offen und demokratisch zu streiten und zu diskutieren.

Er kritisiert, dass eine Mentalität von Gewaltaufrufen, militante Kleidung und das Äußere sowie die Befürwortung extremistischer Linker, in manchen Staaten mittlerweile verbotener Organisationen nicht der richtige Türöffner sind, um über die Beteiligung von Schülern und jungen Erwachsenen an solchen Gremien zu diskutieren. Dies lasse sich nicht verordnen. Er weist darauf hin, dass diese Umstände nachvollziehbar machten, warum solche Gremien unter der Beteiligung bestimmter Akteure so wenig Anklang finden. Abschließend fordert er Herrn Stadtrat Nolte auf, dazu Stellung zu nehmen.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

Nach dem Tagesordnungspunkt stellt der Stadtratsvorsitzende die Nichtöffentlichkeit her.

10 Schließung der Sitzung

Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 20:32 Uhr.

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer